



**Forderungspapier der
BUNDjugend Baden-Württemberg
zur
Landtagswahl 2026**

BUNDjugend Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 86/1
70178 Stuttgart
www.bundjugend-bw.de

1. Junge Menschen dürfen nicht vergessen werden

Die BUNDjugend Baden-Württemberg fordert, dass junge Menschen durch eine zielgruppensensible Jugendbeteiligung auf Landesebene mitwirken können sollen. Entwürfe und Gesetze auf Landesebene sollen hinsichtlich junger Menschen überprüft werden. Die Bedürfnisse junger Menschen sollen stärkere Berücksichtigung finden, vor allem in Entscheidungsprozessen mit direkten Auswirkungen auf junge Menschen. Das Land muss klimagerechte Ziele einhalten, um das Recht junger Menschen auf eine lebenswerte Zukunft zu gewährleisten. Jugendangebote im ganzen Land sollen stärker unterstützt werden. Auch sollen die Ansichten und Bedenken junger Menschen in politische Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden, insbesondere bei Themen, die junge Menschen explizit betreffen, wie die Wehrpflicht. Ebenso sollen konkrete Maßnahmen für die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum für alle junge Menschen ergriffen werden, zum Beispiel massiver Ausbau des sozialen Wohnraums mit langfristiger Bindung. Der ÖPNV muss kostengünstig nutzbar sein (s. Forderung Nr. 6). Des Weiteren soll das Land (außerschulische) Bildungsprojekte im Bereich Nachhaltigkeit (Bildung für Nachhaltige Entwicklung), Umwelt und Demokratie stärker fördern.

2. Klare Positionierung für Demokratie und Vielfalt

Wir fordern eine klare Positionierung aller demokratischen Parteien und ihrer Mitglieder gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, sowie ein klares Nein zu einer Zusammenarbeit mit der AfD. Zudem fordern wir starkes Entgegenstellen gegen Angriffe auf marginalisierte Gruppen sowie gegen rechte Positionen und Aussagen, um eine gesellschaftliche Normalisierung derartig menschenfeindlicher Standpunkte zu verhindern. Eine Gesellschaft, in der Vielfalt und Zusammenhalt herrschen, soll angestrebt werden.

3. Konsequenter Naturschutz

Natur- und Artenschutz sind gesetzlich geregelt. Diese Gesetze und Verordnungen muss das Land nun konsequent umsetzen! Dabei dürfen Artenschutz- und Klimaschutzmaßnahmen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

4. Ökologische und nachhaltige Land- und Forstwirtschaft

Wir fordern Investitionen in eine zukunftsfähige Landwirtschaft, die in bäuerlicher Hand liegt und bei der Klima-, Umwelt-, Tierschutz und Ernährungsgerechtigkeit im Mittelpunkt stehen. Das bedeutet zum Beispiel: Ökolandbau ausweiten, Massentierhaltung verbieten, artgerechte Tierhaltung strenger kontrollieren und faire Preise sowohl für Verbraucher*innen als auch für Erzeuger*innen schaffen. Auch für die Forstwirtschaft braucht es ökologische Mindeststandards!

5. Mehr Tempo bei Klimaschutz und Klimaanpassung

Der Klimawandel verschärft sich. Um die Klimaziele noch erreichen zu können, müssen tiefgreifende Maßnahmen deutlich schneller als bisher umgesetzt werden. Daher fordern wir: Dringend von Erdgas als Energieträger wegkommen, keine klimaschädlichen Vorhaben planen, Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe verankern, Kommunen zu Klimaanpassungskonzepten verpflichten und die notwendigen finanziellen Mittel zur Umsetzung bereitstellen. Bei aller Dringlichkeit dürfen Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung nicht eingeschränkt werden, sondern müssen (z.B. über finanzielle Beteiligung) ausgebaut werden. Das Land muss eine sozial gerechte Ausgestaltung der Klimawende unbedingt gewährleisten.

6. Mobilität und Energiewende für alle: Ökologisch, sozial gerecht, inklusiv im ganzen Land

Das D-Ticket Jugend BW soll zu einem bezahlbaren Preis weitergeführt werden. Die Radinfrastruktur im ganzen Land soll ausgebaut werden. Auch Orte für Junge Menschen und Jugendgruppen sollen gut angebunden sein. Das Land Baden-Württemberg muss den Energieverbrauch insgesamt senken und beim Bau von Energieanlagen unbedingt Natur- und Umweltschutzbedingungen berücksichtigen. Energie und Mobilität müssen bezahlbar und für alle zugänglich sein.

7. Junges Engagement und Ehrenamt wertschätzen und fördern

Junges Engagement und Ehrenamt soll wertgeschätzt und gefördert werden. So soll die Ehrenamtskarte auch mit Jugendbezug weiter umgesetzt und ausgebaut werden. Die Ehrenamtskarte soll in Verbindung mit der Juleica als D-Ticket Jugend BW gelten, um Ehrenamtlichen die Mobilität zu erleichtern. Auch soll die Ehrenamtskarte weiter Ermäßigungen wie zum Beispiel beim Bikesharing ermöglichen. Das Land soll Treffpunkte für junge Menschen ausbauen und fördern. Statt ein Pflichtjahr anzustreben, soll Baden-Württemberg den Freiwilligendienst ausweiten, beispielsweise durch Schaffung von inklusiven Möglichkeiten, günstigem Wohnraum und besserer Bezahlung für Freiwillige.

8. Förderung von Begegnungsräumen und Hilfsangeboten für junge Menschen

Junge Menschen benötigen besonderen Schutz, um ihr Wohlergehen zu gewährleisten. Wir fordern ein größeres Angebot von Rückzugs- und Schutzräumen für junge Menschen, sowie Orten für Vernetzung und Austausch. Insbesondere wichtig ist uns dabei der Erhalt, sowie der weitere Ausbau queerer und barrierefreier Begegnungsräume. Eine Stärkung von Kapazitäten und eine Förderung von Schulungen für eine inklusive Jugendarbeit sind notwendig. Des Weiteren fordern wir einen niederschwelligen Zugang zu Hilfsangeboten und Beratungsstellen für die mentale Gesundheit. Gerade in Zeiten multipler Krisen und politischer Umschwünge, die vor allem auch jungen Menschen Sorgen bereiten, sind solche Angebote enorm wichtig.